

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Dringliche Interpellation von Daniel Münger, SP-Fraktion:
Überprüfung von 500 Poststellen mit "geringer" Nachfrage**

Autor/in: [Daniel Münger](#), SP

Mitunterzeichnet von: Georges Thüring

Eingereicht am: 23. April 2009

Bemerkungen: Als dringlich eingereicht
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Während der nächsten drei Jahre wird die Post über 500 Schweizer Poststellen mit geringer Nachfrage überprüfen. So harmlos dies tönen mag, es ist damit zu rechnen, dass die 500 überprüften Poststellen entweder in eine Agentur oder in einen Hausservice umgewandelt oder gar ersatzlos gestrichen werden. Weder der Hausservice noch eine Agentur können ein Ersatz für eine aufgehobene Poststelle sein. Eine Agentur hat ein beschränktes Angebot an Postdienstleistungen. Der Zahlungsverkehr kann nur noch bargeldlos abgewickelt werden. Der Zugang zu den Postdienstleistungen wird für die Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Der flächendeckende Service public wird weiter abgebaut und ist gefährdet.

Davon werden auch Poststellen im Kanton Baselland betroffen sein. Weitere Poststellen werden verschwinden und mit ihnen auch Arbeitsplätze. Die Poststellen haben in den Gemeinden eine wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Bedeutung und tragen viel zur Attraktivität einer Gemeinde bei. Die Leidtragenden von Schliessungen von Poststellen sind also vor allem Gemeinden, die Bevölkerung und nicht zuletzt auch das Personal.

Die gefährdeten Poststellen im Kanton Baselland sind:

Schönenbuch, Pfeffingen, Grellingen, Brislach, Röschenz, Duggingen, Wahlen b. Laufen, Seltisberg, Ziefen, Reigoldswil, Waldenburg, Niederdorf, Maisprach, Rünenberg, Langenbruck, Läufeuffingen, Itingen, Tenniken, Tecknau

Wir bitten den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. sind nebst den genannten weitere Poststellen im Baselbiet gefährdet?
2. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass durch die Schliessung von weiteren Poststellen der Zugang zu den Postdienstleistungen für die Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist und dass damit der flächendeckende Service public abgebaut wird und gefährdet ist? Wenn ja, was gedenkt der Regierungsrat dagegen zu unternehmen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich gegen die drohende Schliessung von weiteren Poststellen einzusetzen? Wenn ja, wie?